



Dr. Steffi Widera, Michael Breitenfelder, Staatsministerin Melanie Huml, Bürgermeister Uwe Raab

Studie: Medizinische Versorgung in der ILE-Region

Thesepapier mit Handlungsempfehlungen an Staatsministerin Huml übergeben

Am 20.03.2015 fand der 16. Dialog „Strukturwandel von Oberfranken“ des Vereins Oberfranken Offensiv in der Justizakademie in Pegnitz statt, der sich um das Thema „Medizinische Versorgung in Oberfranken“ drehte.



Während des Nachmittags stellte eine Gruppe Geographie-Studierender der Universität Bayreuth (kl. Foto, mit Sebastian Norck, Uni Bayreuth, 3.v.r.) die Ergebnisse einer Studie vor, die in Kooperation mit dem Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz entstand. Zuvor beschäftig-

ten sich die Studierenden ein Jahr intensiv mit dem Thema.

Befragt wurden niedergelassene Ärzte in der ILE-Region. Mit einem Durchschnittsalter von 54 sind die Ärzte zwar noch viele Jahre von der früheren Höchstgrenze von 68 Jahren entfernt, dennoch stellt sich für viele schon die Frage nach der zukünftigen Nachfolge. Die Einschätzung der Ärzte einen Nachfolger zu finden, wurde von Dreiviertel der Befragten mit schwer bewertet. Warum dies so ist wurde in einer bundesweiten Online-Befragung von Medizinstudierenden herausgefunden. Demnach befürchten die angehenden Mediziner eine niedrigere Bezahlung, verbunden mit einer höheren Arbeitsbelastung. Außerdem schätzen sie das kulturelle Angebot und die Infrastruktur auf dem Land geringer bzw. schlechter ein als in der Stadt.

Auf dieser Grundlage wurden fünf Handlungsempfehlungen für Kom-

munen abgeleitet, mit denen die medizinische Versorgung auf dem Land gesichert werden kann. Beispielsweise sollen durch geeignete Kooperationsmodelle den zukünftigen Ärzten in der Region ein strukturiertes Arbeitsumfeld und somit eine Entlastung angeboten werden. Auch ist es wichtig, dass Medizinstudierende den ländlichen Raum kennen lernen und eine Begeisterung hierfür entwickeln. Damit einher geht die Behebung von Informationsdefiziten, damit Vorurteile über den ländlichen Raum abgebaut werden. Als vierten und fünften Punkt nennen die Studierenden begleitende Maßnahmen zur Stärkung der Rückkehrbereitschaft und der Anpassung der politischen Rahmenbedingungen.

Die Ergebnisse der Studie und die Handlungsempfehlungen wurden im Anschluss an Frau Staatsministerin Melanie Huml übergeben.